

Kreisjugend
für den Kreis
Breslau

Ein deutsches Oberschlesien, freier Staat :: :: :: :: ::
Ein polnisches Oberschlesien, nicht einmal Provinz



Niemiecki Górny Śląsk, wolnym Państwem
Polski Górny Śląsk, ani nawet prowincja

Städtische Jugendführerbücherei Hindenburg Oberschl.

A u s l e i h - B e d i n g u n g e n .

1. Die Ausgabe der Bücher erfolgt nur an den Jugendpflegern persönlich bekannte Führer, Führerinnen und reife Jugendliche, oder an solche, die sich durch einen abgestempelten Vereinsausweis legitimieren können.
2. Ausleihzeit: Nur Dienstag und Donnerstag von 18-20 Uhr.
3. Lesefrist 4 Wochen; für volkstänze, Liedersammlungen und Laienspiele nur 1 Woche. Die Mahngebühren für nicht rechtzeitig abgegebene Bücher betragen 0,20 RM.
4. Verlorene, beschmutzte und zerrissene Bücher müssen ersetzt werden.

Die Stadtjugendpfleger.

25411

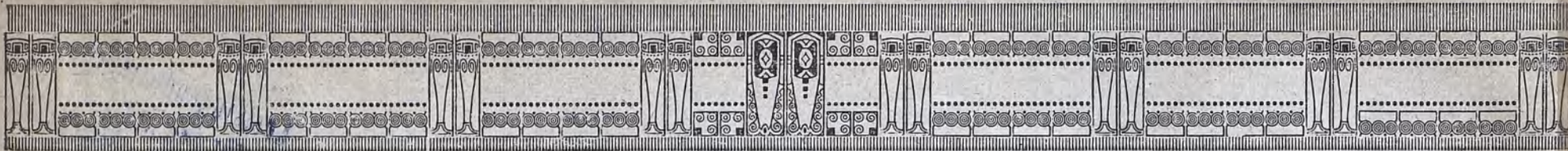
Kreisjugendpfleger
für den Kreis
Hindenburg

Ein deutsches Oberschlesien, freier Staat
Ein poln. Oberschlesien, nicht einmal Provinz

Niemiecki Górny Śląsk, wolnym Państwem
Polski Górny Śląsk, ani nawet prowincją



7/32
A. I. M.
Städt.
Jugendführer-Bücherei
Nr. 156
Hindenburg O.-S.



H
131

In einem deutschen Oberschlesien gibt sich das Volk selbst die Verfassung.

In einem polnischen Oberschlesien muß das Volk mit der ihm von Warschau verliehenen Verfassung zufrieden sein.

Bayern:

Die Verfassungsurkunde des Freistaates Bayern vom 14. August 1919 beginnt mit folgenden Worten: „Das bayerische Volk hat durch den am 12. Januar und 2. Februar 1919 gewählten Landtag dem Freistaate Bayern diese Verfassung gegeben.“

Württemberg:

Die Verfassungsurkunde des freien Volksstaates Württemberg beginnt mit folgenden Worten: „Im Namen und als Vertretung des württembergischen Volkes hat die am 12. Januar 1919 gewählte verfassunggebende Württembergische Landesversammlung die nachfolgende Verfassung am 26. April 1919 beschlossen.“

Sachsen:

Die Verfassung des Freistaates Sachsen vom 1. November 1920 beginnt mit folgenden Worten: „Das sächsische Volk hat der Volksammer des Freistaates Sachsen folgende Verfassung gegeben:

Polnisches Autonomiegesetz:

Der amtliche Kommentar des Rechtsanwalts Wolny „Die Autonomie der Wojewodschaft Schlesien“ beginnt mit den Worten: „Der polnische gesetzgebende Landtag hat am 15. Juli 1920 das Verfassungsgesetz, welches die Autonomie Schlesiens enthält verabschiedet.“

Lu 479628
M 61 128 "

52-101 8881



Ein deutsches Oberschlesien erhält äußere Hoheitsrechte.

Ein polnisches Oberschlesien erhält als polnische Provinz keine Hoheitsrechte.

Bayern:

Im § 1 der bayerischen Verfassungsurkunde wird gesagt: „Die Landesfarben sind weiß und blau.“

Württemberg:

Sachsen:

Im Art. 1 der sächsischen Verfassungsurkunde heißt es: „Die Landesfarben sind weiß-grün.“

Polnisches Autonomiegesetz:

Nach dem polnischen Autonomiegesetz hat die Wojewodschaft Schlesien keine Landesfarben.

In einem deutschen Oberschlesien ist das Volk Träger der Staatsgewalt.

In einem polnischen Oberschlesien sind die Oberschlesier nur Unterbau des polnischen Staates.

Bayern:

Im § 2 der bayerischen Verfassungsurkunde wird gesagt: „Die Staatsgewalt geht von der Gesamtheit des Volkes aus.“

Württemberg:

Der § 3 der württembergischen Verfassungsurkunde lautet: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

Sachsen:

Im § 2 der sächsischen Verfassungsurkunde heißt es: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

Polnisches Autonomiegesetz:

Nach dem polnischen Autonomiegesetz geht die Staatsgewalt von Warschau aus.

Nach deutschem Rechte geben sich die einzelnen Bundesstaaten selbst die Verfassung. Die Bayern, Württemberger und Sachsen haben Berlin nicht gefragt, wie sie die Verfassung einzurichten haben. Das Volk hat durch den von ihm erwählten Landtag die Verfassung beschlossen! Genau so wird sich das oberschlesische Volk ohne Befragen und ohne Genehmigung Berlins selbst die Verfassung geben, welche es für gut hält.

Das polnische Autonomiegesetz überläßt es dem oberschlesischen Volke nicht, sich die Verfassung selbst zu geben. Das polnische Autonomiegesetz ist der oberschlesischen Bevölkerung von Warschau aufgedrängt worden!

Wie würde wohl eine Verfassung ausfallen, die man für das oberschlesische Volk in Berlin machen würde? Sie würde genau so schlecht ausfallen, wie die Verfassung, die in Warschau gemacht worden ist!

Will sich das oberschlesische Volk selbst sein Haus zurechtzimmern, dann kann es nur für Deutschland stimmen. Tut es das nicht, dann muß es mit der Warschauer Verfassung zufrieden sein, welche nicht die Interessen des oberschlesischen Volkes, sondern Warschaus im Auge hat.

Die Wojewodschaft Schlesien soll nichts anderes als eine polnische Provinz sein. Als polnische Provinz braucht Oberschlesien keine äußeren Hoheitszeichen. Als deutscher Bundesstaat ist Oberschlesien ein freier Staat. Als solches darf es die Zeichen eines freien Staates, Wappen, Landesfarben, tragen.

In einem deutschen Oberschlesien ist das Volk der Träger der Staatsgewalt. Soweit nicht etwa vom Volke diese Staatsgewalt unmittelbar durch Volksbegehren und Volksentscheid ausgeübt wird, überträgt das Volk den von ihm gewählten Landtage die

Według prawa niemieckiego uchwalają pojedyncze państwa związkowe dla siebie swoją konstytucję. Bawaria, Wyrtembergja i Saksonja nie pytały się Berlina w jaki sposób konstytucję zaprowadzić mają. Naród sam przez wybrany Sejm konstytucję uchwalil! Tak samo uchwali sobie górnośląski naród bez pytania i bez pozwolenia Berlina konstytucję, którą za korzystną uważa.

Ustawa polska o autnomji nie pozwala górnośląskiemu ludowi, ażeby konstytucję swoją sam sobie uchwalil. Polska ustawa o autnomji została górnośląskiemu ludowi przymusem narzucona!

Jak marnie by konstytucja wyglądała, którą by w Berlinie dla ludu górnośląskiego uchwalono? Wypadła by zupełnie tak marnie, jak konstytucja, którą uchwalono w Warszawie.

Chce sobie górnośląski lud sam swój własny dom zbudować, to musi swój głos tylko za Niemcami oddać. Jeżeli tego nie uczyni, to musi się z warszawską konstytucją zadowlić, która nie ma żadnego interesu z narodem górnośląskiem, tylko z narodem warszawskiem.

Województwo górnośląskie nie ma niczem innym być, jak polską prowincją.

Jako prowincja polska Górny Śląsk nie ma żadnych odznaków zwierzchnictwa. Jako niemieckie państwo związkowe jest Górny Śląsk wclnym państwem. Jako takie wolno mu odznaki wolnego kraju, herby, kolory krajowe nosić.

Na Górnym Śląsku niemieckim jest lud sam nosicielem władzy państwowej. O ile ze strony ludu władza państwowa bezpośrednio nie będzie przez żądanie i rozstrzygnięcie ludowe wykonana, poruczy naród swymu wybranemu

In einem deutschen Oberschlesien übt der Landtag die Staatsgewalt aus.
In einem polnischen Oberschlesien besitzt der Landtag eine beschränkte Staatsgewalt.

Bayern:

Im § 3 der bayerischen Verfassung wird gesagt: „Dem Landtage steht die Ausübung aller Rechte der Staatsgewalt zu.“

Württemberg:

Im § 24 der württembergischen Verfassung wird gesagt: „Der Landtag ist berufen, Gesetze zu geben, die Staatsleitung zu bestellen und die Ausführung der Gesetze zu überwachen.“

Sachsen:

Der Art. 5 der sächsischen Verfassung lautet: „Der Landtag beschließt die Gesetze, wählt den Ministerpräsidenten und überwacht die Politik des Staates.“

Polnisches Autonomiegesetz:

Der Art. 4 des polnischen Autonomiegesetzes weist der Wojewodschaft Schlessien einige unbedeutende Materien zu. Im Art. 6 heißt es: „In allen Sachen, die für Schlessien nicht vorbehalten sind, ist die schlesische Gesetzgebung zuständig, sofern die Wojewodschaft Schlessien aus dem Wirkungsbereich eines staatlichen Gesetzes ausgenommen ist.“

In einem deutschen Oberschlesien beruft der Landtag die Minister.
Ein polnisches Oberschlesien erhält kein Ministerium.

Bayern:

Im § 4 der bayerischen Verfassungsurkunde wird gesagt: „Das Gesamtministerium ist die oberste vollziehende und leitende Behörde des Staates. Es wird vom Landtage bestellt und ist diesem verantwortlich.“

Württemberg:

Im § 48 der württembergischen Verfassung heißt es: „Der Staatspräsident (Ministerpräsident) wird durch den Landtag gewählt. Der Staatspräsident beruft die übrigen Minister und bestellt unter ihnen seinen Vertreter. Das von ihm gebildete Staatsministerium bedarf des Vertrauens des Landtags.“

Sachsen:

Im Art. 5 der sächsischen Verfassungsurkunde wird gesagt, daß der Landtag den Ministerpräsidenten ernannt. Im Art. 26 wird gesagt: „Der Ministerpräsident ernannt und erläßt die übrigen Mitglieder des Gesamtministeriums und bestellt einen Minister als seinen Stellvertreter.“ Im Art. 27 wird gesagt: „Die Mitglieder des Gesamtministeriums bedürfen zur ihrer Amtsführung des Vertrauens des Landtags.“

Polnisches Autonomiegesetz:

Nach dem polnischen Autonomiegesetz erhält die Wojewodschaft Schlessien überhaupt kein Ministerium. An der Spitze der Wojewodschaft steht der Wojewode, von dem im Art. 25 gesagt wird: „Den Wojewoden und dessen Stellvertreter ernannt der Staatspräsident auf Antrag des Ministerrats. Der Staatspräsident darf auf Antrag des Ministerrats den Wojewoden und dessen Stellvertreter mit dem Rechte auf Ruhegehalt abberufen.“

In einem deutschen Oberschlesien sind alle Bürger gleich.
Ein polnisches Oberschlesien kennt Bürger 1. und 2. Klasse.

Bayern:

Im § 6 der bayerischen Verfassungsurkunde heißt es: „Staatsbürger ist ohne Unterschied der Geburt, des Geschlechtes, des Glaubens und des Berufes jeder Angehörige des bayerischen Staates, welcher das 20. Lebensjahr vollendet hat.“ § 8: Jeder Staatsbürger hat das Recht, an den durch diese Verfassung vorgesehenen Abstimmungen und Wahlen teilzunehmen, wenn er seit mindestens 6 Monaten seinen Wohnsitz in Bayern hat.“

Württemberg:

Im § 4 der württembergischen Verfassungsurkunde wird gesagt: „Stimm- und wahlberechtigt sind, ohne Unterschied des Geschlechtes, alle württembergischen Staatsbürger, die am Tage der Abstimmung oder Wahl das 20. Lebensjahr vollendet und im Lande ihren Wohnsitz haben.“

Sachsen:

Im Art. 3 der sächsischen Verfassungsurkunde heißt es: „Stimmberechtigt sind alle reichsdeutschen Männer und Frauen, die am Tage der Abstimmung das 20. Lebensjahr vollendet haben und in Sachsen wohnen.“

Polnisches Autonomiegesetz:

Im Art. 13 des polnischen Autonomiegesetzes wird gesagt: „Die Wahlen werden gemäß der Wahlordnung stattfinden, die für die Wahl zum Landtage der Republik Polen verpflichtet, mit dem Vorbehalt, daß das aktive Wahlrecht allen Personen zukommt, die polnisches Bürgerrecht besitzen und am Tage der Uebernahme durch die polnischen Behörden in Schlessien wohnhaft sein werden.“

Nach Art. 91 des Friedensvertrages erwerben das polnische Bürgerrecht nur diejenigen, die vor dem 2. Februar 1908 ihren Wohnsitz in Schlessien begründet haben. Andere Personen können das Bürgerrecht grundsätzlich nur mit Genehmigung der zuständigen polnischen Behörden erhalten (vgl. Wolny's Kommentar S. 6).

Ausübung aller Rechte der Staatsgewalt. Die Regierung und die Verwaltung des Landes liegt in den Händen des Gesamtministeriums, das vom Landtage erwählt ist und diesem verantwortlich ist.

In einem deutschen Oberschlesien entscheidet also das Volk selbst über das Wohl und Wehe des Landes. In vielen Fällen hat das Volk durch Befragung, die sich ähnlich wie die Wahlen vollzieht, unmittelbar zu entscheiden. Da Oberschlesien ein verhältnismäßig kleines Land ist, wird die Volksbefragung verhältnismäßig häufig vorkommen. In regelmäßig wiederkehrenden Fragen sowie in Fragen von minderer Bedeutung entscheidet der vom ganzen Volke gewählte Landtag. Arbeitet der Landtag nicht so, wie es das Volk wünscht, dann kann das Volk die Auflösung des Landtages fordern. Bei den Neuwahlen kann das Volk dann die Abgeordneten wählen, welche sein Vertrauen besitzen. Die Leitung der Staatsgeschäfte liegt in der Hand des Gesamtministeriums, das vom Landtage ernannt wird und diesem verantwortlich ist. Pakt dem Landtage die Vertretung des Volkes, das Ministerium, nicht, dann kann es jederzeit abgesetzt werden.

In einem deutschen Oberschlesien liegt also die Gewalt in der Hand des ganzen Volkes. Der Landtag, welcher nicht mehr das Vertrauen des Volkes besitzt, wird aufgelöst, das Ministerium, welches nicht mehr das Vertrauen der erwählten Volksvertreter besitzt, wird abgesetzt.

In einem polnischen Oberschlesien ist das obereschlesische Volk nicht Träger der Gewalt. In einem polnischen Oberschlesien geht alle Gewalt von Warschau aus. Das obereschlesische Volk, welches nicht Träger der Gewalt ist, ernannt durch seinen Landtag nicht ein Ministerium, welches ihm allein verantwortlich ist. Ein polnisches Oberschlesien erhält überhaupt kein Ministerium. Während in einem deutschen Oberschlesien das Volk die Minister, und durch die Minister sämtliche Beamte ernannt, wird in einem polnischen Oberschlesien nicht einmal der höchste Beamte, der Wojewoda, vom Volke ernannt, ja das obereschlesische Volk wird bei seiner Ernennung nicht einmal befragt.

In einem polnischen Oberschlesien ernannt Warschau allein den Wojewoda!

In einem deutschen Oberschlesien sind alle Staatsbürger gleich. Ein Unterschied zwischen Polen und Deutschen wird nicht gemacht. Durch die Gleichstellung von Polen und Deutschen werden die beiden Volksteile endlich miteinander versöhnt werden, was jeder vernünftige Pole und jeder vernünftige Deutsche wünschen muß.

In einem polnischen Oberschlesien wird der Gegensatz zwischen Polen und Deutschen weiter aufrecht erhalten. Ein großer Teil des obereschlesischen Volkes wird durch Art. 91 des Friedensvertrages seiner staatsbürgerlichen Rechte beraubt, und zwar trifft das nicht nur Deutsche, sondern auch Polen, welche nach dem 2. Januar 1908 nach Oberschlesien gekommen sind.

Infolge der Einteilung des obereschlesischen Volkes in Bürger 1. und 2. Klasse wird es nie zum Frieden in Oberschlesien kommen. Die belagerten Zustände, welche wir heute in Oberschlesien haben, werden verewigt werden.

Sejmowi wykonanie wszelkich praw władzy państwowej. Rejencja i urząd kraju leżą w rękach ministerstwa ogólnego, które przez Sejm wybrane zostało i tylko ministerstwo jest odpowiedzialne.

Na Górnym Śląsku niemieckim naród sam rozstrzyga o dobro i zło swego kraju. W wielu wypadkach ma naród bezpośrednio do rozstrzygnięcia przez zapytanie, które się podobnie jak wybory odbywa.

Ponieważ Górny Śląsk stosunkowo jest małym krajem, będzie rozstrzyganie ludowe stosunkowo często się zdrażało. W regularnie powtarzających się kwestjach i w pytaniach mniej ważnego znaczenia, rozstrzyga Sejm, który przez cały lud wybranym został. Jeżeli Sejm nie pracuje tak, jak tego sobie naród życzy, wtenczas może ludność rozwiązania Sejmu żądać. Przy nowych wyborach może naród sobie posłów wybrać, którzy jego zaufanie posiadają. Kierownictwo interesów państwowych leży w rękach ministerstwa ogólnego, które przez Sejm mianowanym będzie i jemu jest odpowiedzialne. Każdej chwili może nastąpić rozwiązanie ministerstwa przez Sejm, jeżeli skład owego ministerstwa narodowi nie odpowiada.

Na Górnym Śląsku niemieckim leży więc władza w ręce całego narodu. Sejm, który zaufania narodu nie posiada, będzie rozwiązany, ministerstwo, które zaufania wybranych nie posiada, będzie tak samo rozwiązany.

Na Górnym Śląsku polskim nie jest naród górnośląski nosicielem władzy. Na polskim Górnym Śląsku wydaje wszelką władzę Warszawa. Górnośląski naród, który nie jest nosicielem władzy, nie mianuje przez swój Sejm ministerstwo, które jest jemu samemu odpowiedzialne. Polski Górny Śląsk wcale żadnego ministerstwa nie otrzyma. Podczas gdy na Górnym Śląsku niemieckim lud ministrów i przez ministrów wszystkich urzędników mianuje, to na polskim Górnym Śląsku ani najwyższy urzędnik, t. j. Wojewoda, od narodu mianowany nie będzie, przeciwnie, górnośląski lud przy mianowaniu najwyższego urzędnika wcale nie będzie pytany. Dla polskiego Górnego Śląska Warszawa sama Wojewodę mianuje.

Na Górnym Śląsku niemieckim są wszyscy obywatele państwowi równi. Różnicy pomiędzy Polakami i Niemcami nie będzie. Przez równouprawnienie Polaków z Niemcami, będą obydwa narodowościowe prądy nareście z sobą sprzyjażnione, czego sobie każdy rozsądny Niemiec i każdy rozsądny Polak życzyć powinien.

Na polskim Górnym Śląsku będzie sprzeczność między Polakami i Niemcami nadal istnieć. Wielka część narodu górnośląskiego będzie przez artykuł 91 traktatu pokojowego swoich praw obywatelsko-państwowych postradany a to nie dotyczy się tylko Niemców, ale też i Polaków, którzy po dniu 2-go stycznia 1908 roku na Górny Śląsk przybyli.

Z powodu podziału górnośląskiego narodu na obywateli 1-ej i 2-ej klasy nigdy do zgody na Górnym Śląsku nie dojdzie. Te smutne stosunki, jakie na Górnym Śląsku istnieją, nadal istnieć będą.

In einem deutschen Oberschlesien hat das Volk durch Volksbegehren und Volksentscheid eine ungeheure Macht.

In einem polnischen Oberschlesien hat das Volk keine unmittelbaren Rechte.

Bayern:

Nach § 7 der bayerischen Verfassungsurkunde übt der Staatsbürger sein Bürgerrecht aus durch Abstimmung bei

1. Volksbegehren und Volksentscheidungen.
2. Wahlen.

Württemberg:

Nach § 4 der württembergischen Verfassungsurkunde „äußert das Volk seinen Willen durch Abstimmung und durch Wahl.“

Sachsen:

Nach Art. 3 der sächsischen Verfassungsurkunde „äußert das Volk seinen Willen durch Wahl, Volksbegehre und Volksentscheid.“

Polnisches Autonomiegesetz:

Das polnische Autonomiegesetz kennt weder Volksbegehre noch Volksentscheid.

In einem deutschen Oberschlesien wird der Landtag vom Ministerpräsident, von den Abgeordneten oder unmittelbar vom Volk einberufen und aufgelöst.

In einem polnischen Oberschlesien wird der Landtag von den Warschauern einberufen und aufgelöst.

Bayern:

Im § 30 der bayerischen Verfassungsurkunde wird gesagt: „Der Landtag tritt alljährlich mindestens einmal zu einer ordentlichen Tagung zusammen. Zu einer außerordentlichen Tagung versammelt es sich, wenn seine Einberufung vom Vorstand oder Gesamtministerium beschlossen oder von 50 Mitgliedern oder einem Fünftel der stimmberechtigten Staatsbürger beantragt wird.“

Der Präsident beruft, eröffnet und schließt den Landtag. Der Landtag hat das Recht, seine Tagung zu schließen.

Begehrt mindestens ein Fünftel der stimmberechtigten Staatsbürger die Auflösung des Landtags, so ist eine Volksentscheidung hierüber anzuordnen.“

Im § 31 wird gesagt: „Der Landtag kann jederzeit seine Auflösung beschließen.“

Württemberg:

Im § 33 der württembergischen Verfassungsurkunde heißt es: „Das Staatsministerium hat das Recht, den Landtag einzuberufen, dasselbe Recht steht auch dem Landtagspräsidenten zu; auf Verlangen von mindestens einem Drittel der Mitglieder muß er den Landtag unverzüglich einberufen.“ § 34: Der Landtag kann vor Ablauf der Landtagsperiode durch Volksabstimmung aufgelöst werden.

Sachsen:

Der Art. 8 der sächsischen Verfassungsurkunde lautet: „Der Landtagspräsident und das Gesamtministerium hat das Recht, den Landtag einzuberufen. Der Landtagspräsident muß den Landtag einberufen, wenn mindestens ein Drittel der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten es bei ihm beantragt.“ Im Art. 9 wird gesagt: „Der Landtag kann sich selbst auflösen. Zu diesem Beschluß ist die Anwesenheit von zwei Drittel der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten erforderlich.“

Der Landtag kann auf Volksbegehren oder auf Antrag des Gesamtministeriums durch Volksentscheid aufgelöst werden.“

Polnisches Autonomiegesetz:

Im Art. 21 des polnischen Autonomiegesetzes heißt es: „Der Staatspräsident beruft, vertagt und schließt den schlesischen Landtag. Der Landtag muß zur ersten Sitzung am dritten Dienstag nach dem Wahltage und jährlich im September zu ordentlichen Sitzungen zusammentreten. Diese Sitzung darf vor der Annahme des Budgets weder vertagt oder geschlossen werden.“

Der Staatspräsident kann den schlesischen Landtag jederzeit zu einer außerordentlichen Sitzung berufen, und ist verpflichtet, dies auf Antrag des Wojewodschaftsrates im Laufe von zwei Wochen zu tun.“

In einem deutschen Oberschlesien hat sich Berlin in die Gesetzgebung nicht einzumischen.

In einem polnischen Oberschlesien beherrscht Warschau die Gesetzgebung.

Bayern:

Im § 76 der bayerischen Verfassungsurkunde wird gesagt: Der Landtag berät und beschließt über alle Anträge zur Gesetzgebung, die von seinen Mitgliedern, vom Gesamtministerium oder von der Staatsbürgerchaft an ihn gerichtet werden. Er entscheidet endgültig über die Zulässigkeit und Rechtsgültigkeit der Volksbegehren.

Württemberg:

Der § 25 der württembergischen Verfassung lautet: Der Landtag berät und beschließt über Gesetze auf Vorschlag des Staatsministeriums oder auf Vorschlag aus seiner Mitte.

Sachsen:

Im Artikel 34 der sächsischen Verfassung heißt es: Gesetzentwürfe werden vom Gesamtministerium bei dem Landtag eingebracht oder vom Landtag dem Gesamtministerium überwiesen.

Polnisches Autonomiegesetz:

Der Artikel 23 des polnischen Autonomiegesetzes sagt: Die Einbringung von Gesetzen im schlesischen Landtag steht dem Wojewoden mit Ermächtigung der polnischen Regierung zu, ferner dem Wojewodschaftsrat und den Landtagsabgeordneten gemäß den Vorschriften der Geschäftsordnung.

In einem deutschen Oberschlesien kann das Volk verlangen, daß es selbst und nicht der Landtag, über wichtige Gesetze, z. B. Arbeiterschutzgesetzgebung, Sozialversicherung, Invalidenrenten usw. entscheidet. Wenn also das ober-schlesische Volk mit seinem Landtage unzufrieden ist, kann es das Gesetzgebungswerk des Landtages durch Volksbegehren und Volksentscheid kontrollieren.

Jeder wahrberedigte Oberschlesier gibt dann selbst unmittelbar, nicht durch seinen Landtag, die Stimme dafür ab, ob dieser oder jener Gesetzentwurf wirklich Gesetz werden soll oder nicht.

Das polnische Autonomiegesetz kennt weder Volksbegehren noch Volksentscheid. In einem polnischen Oberschlesien werden Gesetze nur vom Landtage gemacht. Durch Art. 4 des polnischen Autonomiegesetzes wird aber das Gesetzgebungsrecht des ober-schlesischen Landtages stark eingeschränkt. Für ein polnisches Oberschlesien werden die Gesetze in der Hauptsache in Warschau gemacht!

In einem deutschen Oberschlesien sind Volk und Landtag allmächtig. In einem polnischen Oberschlesien hat das Volk gar nichts, der Landtag nur wenig zu sagen.

Die Unselbständigkeit des Volkes in einem polnischen Oberschlesien geht daraus hervor, daß der Warschauer Staatspräsident (gegenwärtig Witos) den ober-schlesischen Landtag einberuft, verlegt und schließt.

In einem deutschen Oberschlesien ist derartige Bevormundung gänzlich ausgeschlossen. Der deutsche Reichspräsident (gegenwärtig Ebert) hat mit der Einberufung, Verlegung und Schließung des ober-schlesischen Landtages nichts zu tun.

In einem deutschen Oberschlesien wird der Landtag, ohne jede Befragung Berlins, vom Landtagspräsidenten, oder vom Ministerium, welches von den erwählten Volksvertretern ernannt ist, oder von den Volksvertretern selbst einberufen. Das Volk hat also die weitgehendsten Rechte in Bezug auf die Einberufung des Landtages.

Hinsichtlich der Auflösung des Landtages gehen in einem deutschen Oberschlesien die Rechte des Volkes noch weiter: Ist das Volk mit seinem Landtage unzufrieden, dann braucht es nicht zu warten, bis das Ministerium oder der Landtag selbst so gnädig ist, die Auflösung zu beschließen, sondern das Volk selbst löst den Landtag auf.

In dem Landtage eines deutschen Oberschlesiens hat nur der vom Volke erwählte Landtag das vom Landtage ernannte Ministerium, Gesetzesanträge zu stellen. Zu diesen Anträgen bedarf es keiner Genehmigung Berlins.

In einem polnischen Oberschlesien werden die Gesetze außer von dem Wojewodschaftsrat (der vorläufige Wojewodschaftsrat wird nach Art. 40 des polnischen Autonomiegesetzes ohne Befragung des ober-schlesischen Volkes oder des Landtages allein von Warschau ernannt!) und den Abgeordneten, von dem, von Warschau ernannten, Wojewoden eingebracht, der dazu auch noch die Genehmigung nicht des ober-schlesischen Volkes oder des ober-schlesischen Landtages einholen muß, sondern die Genehmigung der Warschauer Regierung!

In einem deutschen Oberschlesien kann sogar das Volk selbst, durch Volksbegehren, Gesetzanträge machen. In einem polnischen Oberschlesien, das von Warschau aus regiert und verwaltet wird, ist das gänzlich ausgeschlossen.

Na Górnym Śląsku niemieckim może naród żądać, żeby sam a nie Sejm nad ważnymi sprawami n. p. ustawą opieki nad robotnikami, nad ubezpieczeniem socjalnym, rentami dla inwalidów itd. rozstrzygać. Gdy górnośląski naród z swoim Sejmem nie jest zadowolony, może więc wszelkie prawa tegoż Sejmu przez żądanie i rozstrzygnięcie ludowe kontrolować. Każdy Górnoszlązak, który jest uprawniony do wyborów, daje wtenczas sam bezpośrednio a nie przez Sejm, czy te lub owe projektowane ustawy rzeczywiście zostać mają prawem lub nie.

Polska ustawa o autonomji nie zawiera ani żądania ani rozstrzygnięcia narodowościowego. Na polskim Górnym Śląsku tylko Sejm prawo wydaje. Według artykułu 4-go ustawy polskiej o autonomji będzie więc prawo ustawodawstwa górnośląskiego Sejmu bardzo znacznie skrepowane. Dla polskiego Górnego Śląska najwyższe prawa Warszawa tylko wydawać będzie. Na Górnym Śląsku niemieckim jest naród i Sejm wszechmocny. Na polskim Górnym Śląsku ma ludność wcale nic a Sejm bardzo mało do mówienia.

Niesamodzielność ludności na polskim Górnym Śląsku z tego już wynika, że warszawski prezydent państwowy (temczasowo Witos) Sejm górnośląski zwoływa, odroczy i rozwiązuje.

Na Górnym Śląsku niemieckim jest owa opieka zupełnie wykluczoną. Niemiecki prezydent państwowy (Ebert) nie ma ze zwołaniem, odroczeniem i zamykaniem Sejmu górnośląskiego nic do czynienia.

Na Górnym Śląsku niemieckim zostanie Sejm bez wszelkiego pytania Berlina przez prezydenta Sejmu albo przez ministerstwo, które jest przez wybranych zastępców ludowych mianowane albo przez samych zastępców ludowych zwołane. Więc naród ma daleko idące prawa co do zwołania Sejmu.

Co do rozwiązania Sejmu sięga prawo narodu w niemieckim Górnym Śląsku wiele dalej. Jeżeli naród z swoim Sejmem jest niezadowolony, wtenczas nie potrzebuje czekać aż ministerstwo, czyli sam Sejm będzie tak łaskaw ustanowić rozwiązanie, tylko naród sam Sejm rozwiąże.

W Sejmie niemieckiego Górnego Śląska ma tylko ten przez lud wybrany Sejm i przez Sejm uchwalone ministerstwo prawo, do przełożenia wniosków ustawowych. Do wniosków takich nie trzeba żadnego potwierdzenia z Berlina. W polskim Górnym Śląsku zostaną ustawy, oprócz Rady województwa (chwilowa Rada województwa jest według artykułu 40-go polskiego prawa o autonomji bez wątpienia górnośląskiego narodu lub Sejmu tylko przez Warszawę mianowaną) i postów przez wojewodę w Warszawie zamianowanego, wniesione, który do tego jeszcze potrzebuje zezwolenia nie od narodu górnośląskiego albo Sejmu górnośląskiego, lecz zezwolenia rządu warszawskiego. W niemieckim Górnym Śląsku może nawet sam naród na swoje życzenie wstawiać wnioski ustawodawcze. W polskim Górnym Śląsku, który będzie przez Warszawę rządzonym i kierowanym, jest to zupełnie wykluczone.

In einem deutschen Oberschlesien hat sich Berlin in die Aufnahme von Anleihen nicht einzumischen.
In einem polnischen Oberschlesien wird das Land von Warschau bebormundet.

Bayern:

Im § 47 der bayerischen Verfassung heißt es: Ohne Genehmigung des Landtages kann keine neue Anleihe, welche die Erhöhung des bisherigen Schuldenstandes des Staates an Kapital oder Verzinsung bewirkt, aufgenommen oder eine Bürgschaft zu Lasten des Staates eingegangen werden.

Württemberg:

Der § 75 der württembergischen Verfassung lautet: Ohne Zustimmung des Landtages können keine Anleihen des Staates aufgenommen und keine Bürgschaften zu Lasten des Staates eingegangen werden.

Sachsen:

Der Artikel 45 der sächsischen Verfassung lautet: Im Wege des Kredits dürfen Geldmittel nur bei außerordentlichem Bedarf und in der Regel nur für Ausgaben zu werbenden Zwecken beschafft werden. Eine solche Beschaffung, sowie die Uebernahme einer Sicherheitsleistung zu Lasten des Staates dürfen nur mit Zustimmung des Landtages erfolgen.

Polnisches Autonomiegesetz:

Im Artikel 4, Abschnitt 16, des polnischen Autonomiegesetzes heißt es: Der Verkauf von Rentenbriefen und anderen Obligationen der Wojewodschaft Schlesien kann außerhalb ihrer Grenzen nur mit Zustimmung des Finanzministeriums erfolgen.

Ein deutsches Oberschlesien darf Staatsverträge schließen.
Ein polnisches Oberschlesien ist in dieser Beziehung völlig rechtlos.

Bayern:

Im § 50 der bayerischen Verfassungs-urkunde heißt es: Der Landtag genehmigt die Staatsverträge. Sie sind, wenn sie Rechtsakte enthalten, hinsichtlich ihres Rechtsinhalts als Gesetze zu beschließen.

Württemberg:

Der § 53 der württembergischen Verfassung lautet: Der Staatspräsident vertritt den Staat nach außen. Der Abschluß von Staatsverträgen bedarf der Zustimmung des Staatsministeriums und des Landtages.

Sachsen:

Der Artikel 28 der sächsischen Verfassung lautet: Der Ministerpräsident vertritt den Staat nach außen. Staatsverträge, die sich auf Gegenstände der Gesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Landtages.

Polnisches Autonomiegesetz:

Im amtlichen polnischen Kommentar zum polnischen Autonomiegesetz, Seite 10, wird gesagt: Staatsverträge mit dem Papste und anderen Staaten darf nur Polen schließen, weil das völkerrechtlicher Brauch ist, und für die Einhaltung der Vereinbarungen ganz Polen und nicht nur ein Teil haftet.

In einem deutschen Oberschlesien besitzt der Landtag bezw. das Ministerium das Recht des Straferlasses.
Ein polnisches Oberschlesien ist in dieser Beziehung rechtlos.

Bayern:

Der § 51 der bayerischen Verfassung lautet: Der Landtag beschließt durch Gesetz über Straferlasse, die sich auf alle bestraften Personen oder auf besondere Gruppen beziehen. Straferlasse für einzelne Personen stehen dem Gesamtministerium oder nach dessen Beschlusse den einzelnen Ministerien zu.

Württemberg:

Der § 54 der württembergischen Verfassung lautet: Der Staatspräsident hat das Recht der Einzelbegnadigung und auf Vorschlag des Gesamtministeriums auch das der Niederschlagung eines Strafverfahrens. Er kann für leichtere Fälle sein Recht der Einzelbegnadigung den Ministern innerhalb ihres Geschäftskreises übertragen.

Eine allgemeine Begnadigung sowie eine allgemeine Niederschlagung des Strafverfahrens geschieht nur durch das Gesetz.

Sachsen:

Im Artikel 31 der sächsischen Verfassung heißt es: Das Gesamtministerium hat in strafrechtlichen Fällen, einschließlich der Fälle des Dienststrafrechtes, das Recht der Niederschlagung sowie der Verwandlung der Milderung oder des Erlasses der Strafe.

Es kann diese Befugnis auf einzelne Ministerien und mit ihrer Zustimmung auf ihnen unterstellte Behörden übertragen. Allgemeine Begnadigungen bedürfen des Gesetzes.

Polnisches Autonomiegesetz:

Nach Artikel 35 des polnischen Autonomiegesetzes sprechen alle Gerichte die Urteile im Namen der Republik Polen aus. Infolgedessen haben nur die Warschauer Behörden das Recht zur Begnadigung.



In die Anleihewirtschaft eines deutschen Oberschlesien hat sich Berlin nicht einmischen. Der oberschlesische Landtag ist hierfür allein zuständig.

In einem polnischen Oberschlesien werden die Anleihen von der Warschauer Regierung kontrolliert. Der oberschlesische Landtag, ohne Warschauer Finanzkontrolle, könnte durch Ausgaben für Wegebauten, Schulen usw. weniger leistungsfähig werden und so die Tribute nach Warschau aufzubringen nicht imstande sein!

Ein deutsches Oberschlesien kann als freier Staat mit anderen Ländern Staatsverträge schließen. Ein polnisches Oberschlesien ist nichts anderes als polnische Provinz und hat als Provinz natürlich nicht das Recht, mit anderen Ländern Staatsverträge abzuschließen. Das wird für Oberschlesien alles von Warschau aus bestens besorgt werden, v. h. so, daß die Interessen Warschaus dabei nicht zu kurz kommen!

In einem deutschen Oberschlesien hat der Landtag und das Ministerium den weitgehendsten Einfluß auf den Strafvollzug. Der Landtag bezw. das Ministerium können ohne Befragung Berlins Bestrafte, z. B. wegen Landfriedensbruch, begnadigen. Es ist damit Gewähr geleistet, daß die besonderen Verhältnisse Oberschlesiens berücksichtigt werden. Die polnische Provinz Oberschlesien kann als Provinz solche Rechte nicht haben. Das Begnadigungsrecht haben nur die Warschauer Behörden, die besonders in der ersten Zeit im Interesse der gesamten polnischen Republik — wie in Posen — auf das rücksichtsloseste vorgehen würden.

Co do gospodarki pożyczkowej niemieckiego Górnego Śląska nie ma Berlin nic do mówienia. Górnośląski Sejm jest w tej sprawie sam kompetentny. W polskim Górnym Śląsku będą pożyczki przez rząd warszawski kontrolowane. Sejm górnośląski, bez warszawskiej kontroli finansowej, nie będzie w stanie przez wydatki dla uregulowanie dróg, dla budowy szkół tych wydatków pokryć i dlatego i finasy te dla Warszawy dostarczyć.

Górny Śląsk niemiecki jako państwo samodzielne może także z innymi krajami kontrakty państwowe zawierać. Polski Górny Śląsk nie jest niczem innym, jak polską prowincją i jako polska prowincja naturalnie nie ma prawa z innymi krajami kontraktów zawierać. To wszystko będzie dla Górnego Śląska przez Warszawę w najlepszy sposób uregulowane, to znaczy, że interesa warszawskie przytem źle nie wyjdą.

Na Górnym Śląsku niemieckim ma Sejm i ministerstwo co do wykonania kar najdalej idący wpływ.

Sejm, względnie ministerstwo mogą bez pytania Berlina ukaranych n. p. za rozruchy (Landfriedensbruch) ulaskawić.

Przez to jest gwarancją, że poszczególne stosunki górnośląskie uwzględnione zostaną. Polska prowincja górnośląska nie może jako prowincja mieć takich praw. Prawo ulaskawienia mają tylko urzędy warszawskie, które przedewszystkiem w pierwszym czasie w interesie Rzeczypospolitej (jak w Poznaniu) bez najmniejszego względu postępować będą.

**In einem deutschen Oberschlesien sind die Minister dem Volke verantwortlich.
Ein polnisches Oberschlesien hat kein Ministerium, der Wojewode ist Warschau verantwortlich.**

Bayern:

Der § 53 der bayerischen Verfassung lautet: der Landtag hat das Recht, das Gesamtministerium oder einzelne Minister zur Verantwortung zu ziehen. Das kann durch parlamentarische oder gerichtliche Mittel geschehen.

Der § 54 lautet: Das ordentliche parlamentarische Mittel ist die Rechenschaftsforderung. Der zur Rechenschaft geforderte Minister hat sich im Landtage persönlich zu verantworten.

Der § 55 lautet: Das außerordentliche parlamentarische Mittel ist die Kundgabe des Mißtrauens, die sich gegen das Gesamtministerium oder gegen einzelne Minister richten kann.

Der § 56 lautet: Das gerichtliche Mittel der Geltendmachung der Ministerverantwortlichkeit ist die Anklage vor dem Staatsgerichtshof.

Württemberg:

Der § 26 der württembergischen Verfassung lautet: Der Landtag hat das Recht, die Beseitigung von Mißbräuchen in der Verwaltung vom Staatsministerium zu fordern. Das Staatsministerium hat ihm auf Verlangen über seine Geschäftsführung Auskunft zu erteilen, und die Akten vorzulegen.

Der § 49 lautet: Der Landtag ist berechtigt, das Staatsministerium abzuverufen oder die Entlassung einzelner Minister zu fordern.

Sachsen:

Im Artikel 27 der sächsischen Verfassung wird gesagt: Die Mitglieder des Gesamtministeriums bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Landtages. Jeder Minister muß zurücktreten, wenn der Landtag durch ausdrücklichen Beschluß, den die Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten faßt, ihm das Vertrauen entzieht, oder seinen Rücktritt fordert.

Polnisches Autonomiegesetz:

Nach dem polnischen Autonomiegesetz wird in der Wojewodschaft Schlesien kein Ministerium gebildet. Infolgedessen kann auch von einer Ministerverantwortlichkeit nicht die Rede sein. Der höchste Beamte, der Wojewode, wird von Warschau ernannt und ist nur der Warschauer Regierung, nicht aber dem schlesischen Landtage verantwortlich (Artikel 25).

**In einem deutschen Oberschlesien liegt die vollziehende Gewalt in der Hand des Ministeriums.
In einem polnischen Oberschlesien liegt die vollziehende Gewalt in den Händen Warschaus.**

Bayern:

Der § 57 der bayerischen Verfassung lautet: Dem Gesamtministerium obliegt die Leitung der gesamten Staatsverwaltung. Der Vollzug aller Gesetze, Reichsverordnungen und Beschlüsse des Landtages, sowie die Vertretung Bayerns gegenüber dem Reiche, den einzelnen Staaten des Reiches und den auswärtigen Mächten im Rahmen der Verfassung des Deutschen Reiches.

Sachsen:

Im Paragraph 47 der württembergischen Verfassung heißt es: Die Staatsleitung wird durch den Landtag dem Staatsministerium übertragen.

Polnisches Autonomiegesetz:

Im Artikel 25 der sächsischen Verfassung wird gesagt: Die Regierung wird vom Gesamtministerium der obersten Staatsbehörde geführt.

Württemberg:

Nach dem polnischen Autonomiegesetz gibt es in der Wojewodschaft Schlesien kein Ministerium, welchem die Regierungsgewalt übertragen werden könnte.

Nach Artikel 24 des polnischen Autonomiegesetzes sind die obersten Behörden der Wojewodschaft der (von Warschau ernannte) Wojewode, der in seiner Person nach Artikel 26 lediglich die Rechte eines Oberpräsidenten beziehungsweise Landespräsidenten vereinigt, sowie der Wojewodschaftsrat, der zunächst nach Artikel 40 ausschließlich von Warschau aus ernannt wird und später nach Artikel 25 vom schlesischen Landtag gewählt wird.

In einem deutschen Oberschlesien wählt das Volk den Landtag, der vom Volke erwählte Landtag ernennt die Minister. Da die Minister die Gewalt von dem vom Volke erwählten Landtag erhalten, sind sie natürlich dem Landtage und damit indirekt dem Volke verantwortlich.

Ist der Landtag mit den Ministern nicht zufrieden, dann kann er die Minister zur Verantwortung ziehen, sie absetzen, ja sogar sie dem Gerichte übergeben.

Ist das Volk mit der Geschäftsführung der Minister nicht einverstanden, dann kann es durch seine Abgeordneten oder durch Volksbegehren und Volksentscheid die Absetzung der Minister erzwingen.

In einem polnischen Oberschlesien gibt es kein Ministerium und mithin keine Ministerverantwortlichkeit. Der höchste Beamte, der Wojewode wird ohne Befragung des ober-schlesischen Volkes oder des ober-schlesischen Landtages allein von Warschau ernannt und ist infolgedessen nicht dem ober-schlesischen Volke oder dem ober-schlesischen Landtage gegenüber, sondern nur Warschau allein verantwortlich.

In einem deutschen Oberschlesien werden die Minister, welche dem Volke nicht passen, einfach abgesetzt. In einem polnischen Oberschlesien kann der Wojewode ruhig weiter amtierem, wenn ihn das Volk vielleicht auch noch so sehr haßt, wenn er nur das Vertrauen der Warschauer Regierung besitzt, d. h. die Interessen Warschaus und nicht die Oberschlesiens vertritt.

In einem deutschen Oberschlesien liegt die gesamte Staatsverwaltung in den Händen des Ministeriums, welches dem Landtage bzw. dem ober-schlesischen Volke verantwortlich ist. In einem polnischen Oberschlesien gibt es kein Ministerium, in dessen Händen die Leitung der Staatsverwaltung liegen könnte. Der Wojewoda besitzt lediglich die Rechte eines Oberpräsidenten und ist als solcher nur Warschau, nicht aber dem ober-schlesischen Volke oder dem ober-schlesischen Landtage verantwortlich.

W niemieckim Górnym Śląsku naród sam wybiera Sejm, a ten przez lud wybrany Sejm mianuje ministrów. Ponieważ ministrowie otrzymają przez Sejm wybrany lud władzę, są naturalnie przez to Sejmowi i przez niego bezpośrednio ludowi odpowiedzialni.

Jeżeli Sejm z ministrów nie jest zadowolony, może ich do odpowiedzialności pociągnąć, z urzędu i nawet w razie przestępstw do sądu oddać. Gdy lud z administracją ministrów nie jest zadowolony, to może przez swoich posłów albo przez żądanie i rozstrzygnięcie ludowe zwolnienia ministrów z ich urzędów wymusić. W polskim Górnym Śląsku atoli nie ma żadnego ministerstwa i przez to też żadnej odpowiedzialności ze strony ministrów. Najwyższy urzędnik, wojewoda, bez zapytania ludu górnośląskiego czyli Sejmu górnośląskiego, jedynie przez Warszawę mianowanym będzie i przez to nie jest ludowi górnośląskiemu czyli Sejmowi górnośląskiemu odpowiedzialny, i tylko samej Warszawie odpowiada.

W niemieckim Górnym Śląsku ministrowie, którzy ludowi nie odpowiadają, zostaną natychmiast z urzędu zwolnieni. Na Górnym Śląsku polskim może wojewoda spokojnie dalej urzędować, chociażby go naród jaknajbardziej znie-nawidził, gdy tylko zaufanie rządu warszawskiego posiada, to znaczy, gdy tylko interesa warszawskie a nie górnośląskie zastępuje.

Na Górnym Śląsku niemieckim polega cała administracja państwowa w rękach ministerstwa, które Sejmowi, względnie ludowi górnośląskiemu jest odpowiedzialne. Na Górnym Śląsku polskim nie ma żadnego ministerstwa, które by kierownictwo administracji państwowej prowadzić mogło. Wojewoda posiada tylko prawa prezesa naczelnego i jest jako taki tylko Warszawie, a nie ludowi górnośląskiemu, czyli Sejmowi górnośląskiemu, odpowiedzialny.

**In einem deutschen Oberschlesien werden die Beamten von den schlesischen Behörden ernannt.
In einem polnischen Oberschlesien ernennt Warschau die Beamten.**

Bayern:

Im § 61 der bayerischen Verfassung heißt es: Das Gesamtministerium ernannt die Vertreter der Minister und die Vorstände der den Ministerien unmittelbar untergeordneten Behörden. Die übrigen Beamten werden durch die zuständigen Einzelminister oder die von ihm beauftragten Behörden ernannt.

Württemberg:

Der § 60 der württembergischen Verfassung lautet: Die Staatsbeamten werden auf Vorschlag des zuständigen Ministers durch den Staatspräsidenten, die dem Staatsministerium unmittelbar unterstehenden Beamten von diesem ernannt.

Sachsen:

Im Artikel 31 der sächsischen Verfassung heißt es: Das Gesamtministerium beschließt über die Ernennung und Entlassung der Beamten auf Vorschlag der zuständigen Ministerien.

Polnisches Autonomiegesetz:

Nach Artikel 33 des polnischen Autonomiegesetzes „ernannt die oberen Beamten von der 8. Klasse ab (Sekretäre), welche für die Staatsverwaltung bei der Wojewodschaft bestimmt sein werden, der Staatspräsident auf Antrag des Ministerrats nach Anhörung des Wojewoden.

Nach Artikel 26 ernannt, versetzt und entläßt der Wojewode alle mittleren und unteren Beamten der ihm unterstellten Staatsbehörden in Schlesien und schlägt dem Staatspräsidenten durch den Ministerpräsidenten oder den zuständigen Minister höhere Beamte zur Ernennung oder Abberufung vor.

Der Artikel 41 lautet: Innerhalb der ersten 10 Jahre nach der Besitzergreifung Oberschlesiens durch Polen darf die Ernennung aller Beamten, die nicht durch die schlesischen Behörden oder Einrichtungen ernannt oder gewählt werden, nicht ohne Anhörung des Wojewoden erfolgen.

**In einem deutschen Oberschlesien werden die Gesetze von den schlesischen Behörden ausgefertigt und nur im Schlesischen Gesetzblatt bekanntgegeben.
In einem polnischen Oberschlesien werden die Gesetze von den Warschauer Behörden ausgefertigt und im Warschauer Amtsblatt veröffentlicht.**

Bayern:

Der § 62 der bayerischen Verfassung lautet: Die Landesgesetze sind vom Landtagspräsidenten und Gesamtministerium, die Staatsverträge vom Landtagspräsidenten und Ministerpräsidenten auszufertigen und zu verkündigen.

Im § 75 heißt es: Alle Gesetze und Rechtsverordnungen und Verwaltungsordnungen sind im Gesetz- und Verordnungsblatt bekannt zu geben.

Württemberg:

Der § 63 der württembergischen Verfassung lautet: Die Gesetze werden vom Staatsministerium ausgefertigt und verkündigt. Sie werden von dem Staatspräsidenten und mindestens der Hälfte der Minister unterzeichnet.

Im Paragraph 68 heißt es: Die Gesetze werden im „Regierungsblatt für Württemberg“ verkündigt.

Sachsen:

Im Artikel 39 der sächsischen Verfassung heißt es: Das Gesamtministerium hat die verfassungsmäßig beschlossenen Gesetze auszufertigen und binnen Monatsfrist im Sächsischen Gesetzblatt zu verkünden, sofern der Landtag nicht die sofortige Verkündigung beschließt.

Polnisches Autonomiegesetz:

Im Artikel 15 des polnischen Autonomiegesetzes heißt es: Das Gesetz über die innere Verfassung der Wojewodschaft Schlesien wird im Gesetzblatt der Republik Polen und im Schlesischen Gesetzblatt nach Unterzeichnung durch den Staatspräsidenten veröffentlicht. Der Staatspräsident darf die Unterschrift verweigern, wenn das Gesetz den Vorschriften des vorliegenden Statuts widersprechen sollte.

In einem deutschen Oberschlesien werden sämtliche Beamten letztlich durch das Volk ernannt. Das Volk wählt den Landtag, der Landtag ernimmt das Ministerium, die Minister bestellen die Beamten.

In einem deutschen Oberschlesien ist es ausgeschlossen, daß Nichtoberschlesier, es sei auf ausdrücklichen Wunsch des Volkes, künftighin Beamte werden.

In einem deutschen Oberschlesien erhalten die Beamten ihre Gewalt vom Minister, der vom Landtage, welchen das Volk wählt, ernannt ist. Die so indirekt vom ganzen Volke ernannten Beamten tragen dem ganzen oberschlesischen Volke gegenüber die Verantwortung. Das Volk als Träger der Gewalt kann daher die Beamten absetzen, wenn sie ihre Pflicht nicht erfüllen.

In einem polnischen Oberschlesien hat das Volk, bezw. der Landtag, auf die Ernennung der Beamten gar keinen Einfluß. Die meisten Beamten werden von der Warschauer Regierung ernannt. Soweit sich die Warschauer Regierung die Ernennung der Beamten nicht vorbehalten hat, werden die Beamten von einem in Warschau ernannten und um Warschau allein verantwortlichen Beamten, dem Wojewoda, ernannt, der selbst jeden Willkür Warschaws befolgen muß, da ihn die Warschauer Regierung ohne Befragen des oberschlesischen Volkes oder des oberschlesischen Landtages jederzeit absetzen kann.

Ein deutsches Oberschlesien wird von seinen eigenen, in Oberschlesien geborenen Beamten verwaltet werden. In einem polnischen Oberschlesien werden sich, wie in Polen, kongreßpolnische und galizische Beamte breit machen, welche nicht, wie in einem deutschen Oberschlesien, dem oberschlesischen Volke, sondern der Warschauer Regierung verantwortlich sind.

Ein deutsches Oberschlesien ist ein freier Staat. Wie es in freien Staaten üblich ist, werden die Gesetze vom Ministerium ausgefertigt. Sie werden nur im oberschlesischen Gesetzblatt, nicht aber in Berliner Gesetzblättern veröffentlicht.

Ein polnisches Oberschlesien ist nur eine Provinz. Die Gesetze der polnischen Provinz Oberschlesien werden daher auch im Warschauer Amtsblatt („Dziennik Ustaw“) veröffentlicht. Sollen oberschlesische Gesetze, wie das Gesetz über die innere Verfassung der Wojewodschaft Schlesien, Gesetzeskraft erhalten, dann müssen sie vom Warschauer Staatspräsidenten unterschrieben sein, der unter bestimmten Voraussetzungen die Unterschrift verweigern kann und so das Zustandekommen eines Gesetzes, an welchem vielleicht dem oberschlesischen Volke viel liegt, verhindern kann.

In einem deutschen Oberschlesien hat der Reichspräsident in Berlin keine oberschlesischen Gesetze zu unterschreiben und ihnen somit Gesetzeskraft zu verleihen!

Na Górnym Śląsku niemieckim wszyscy urzędnicy ostatecznie przez lud mianowani będą. Lud wybiera znowu ministerstwo, a ministrowie ustanowią urzędników.

Na Górnym Śląsku niemieckim jest wykluczone, żeby inni aniżeli Górnoszlązacy mogliby zostać urzędnikami.

Na Górnym Śląsku niemieckim otrzymają urzędnicy swoją władzę przez ministra, który przez Sejm, którego lud wybiera, mianowanym jest. Ci bezpośrednio, przez cały lud mianowani urzędnicy, są przed ogółem odpowiedzialni. Naród, jako przedstawiciel władzy, może urzędników z ich urzędów wydalić, w razie, gdyby swoich obowiązków nie spełnili.

Na polskim Górnym Śląsku nie ma lud, względnie Sejm, na mianowanie urzędników żadnego wpływu. Nieomal wszystkich urzędników mianuje rząd warszawski. O ile sobie rząd warszawski mianowania urzędników nie zastrzegł, zostaną urzędnicy przez pewnego w Warszawie zamianowanego i tylko Warszawie odpowiedzialnego urzędnika, wojewodzie, mianowani, który musi na każdy znak Warszawy usłuchać, ponieważ go rząd warszawski bez pytania Sejmu każdego czasu zwolnić może.

Górny Śląsk niemiecki będzie przez samych, na Górnym Śląsku urodzonych urzędników rządzony. Na Górnym Śląsku polskim będą się, jak w Poznaniu urzędnicy z Kongresówki i z Galicji panoszyć, którzy nie, jak na Górnym Śląsku niemieckim ludowi górnośląskiemu, tylko rządowi warszawskiemu odpowiedzialni są.

Górny Śląsk niemiecki jest wolnym państwem. Jak w wolnych państwach jest zwyczajem, będą prawa przez ministerstwo wykonane. Prawa te będą w górnośląskich gazetach urzędowych a nie w gazetach berlińskich publikowane.

Górny Śląsk polski jest tylko prowincją. Prawa polskiej prowincji górnośląskiej publikowane będą znów w warszawskim „Dzienniku Ustaw“ (Warschauer Amtsblatt).

Mają więc górnośląskie ustawy, jak ustawa o wewnętrznej konstytucji śląskiego województwa prawomocność otrzymać, wtenczas muszą przez prezesa naczelnego w Warszawie być podpisane, który według jego mniemia podpis swój odmówić może i w ten sposób ziszczenie się prawa, na którym ludowi górnośląskiemu wiele zależy, przeszkodzić może.

Na Górnym Śląsku niemieckim nie ma prezes państwowy prawa w Berlinie żadnych górnośląskich ustaw do podpisania i im też przez to prawomocności dać nie może.

In einem deutschen Oberschlesien haben Berliner Minister nichts zu suchen.
In einem polnischen Oberschlesien können Warschauer Minister jederzeit das Wort ergreifen.

Bayern:

Im § 65 der bayerischen Verfassung heißt es: Die Minister haben das Recht, jederzeit im Landtage zu erscheinen und die Vorlagen ihres Geschäftskreises persönlich zu vertreten oder durch Bevollmächtigte vertreten zu lassen. Die Minister haben das Recht, im Landtage jederzeit das Wort zu ihren Vorlagen oder zu den Vorlagen, mit deren Vertretung sie beauftragt sind, zu verlangen. Jeder Minister ist verpflichtet, dem Landtage auf Verlangen über die Verwaltung seines Geschäftskreises Auskunft zu geben.

Württemberg:

Der § 38 der württembergischen Verfassung lautet: Die Minister und ihre Bevollmächtigten haben jederzeit zu den Sitzungen des Landtages und der Ausschüsse Zutritt und müssen gehört werden, so oft sie es verlangen. Auf Verlangen des Landtages und der Ausschüsse müssen sie zu den Sitzungen erscheinen, um Auskunft zu erteilen.

Sachsen:

Im Artikel 16 der sächsischen Verfassung heißt es: Der Landtag und seine Ausschüsse können die Anwesenheit der Minister des Gesamtministeriums und der obersten Rechnungsprüfungsbehörde verlangen.

Die Mitglieder des Gesamtministeriums und ihre Beauftragten haben zu den Sitzungen des Landtages und seiner Ausschüsse Zutritt. Die Beauftragten müssen während der Beratung die Mitglieder des Gesamtministeriums auch außerhalb der Tagesordnung gehört werden.

Polnisches Autonomiegesetz:

Im Artikel 23 des polnischen Autonomiegesetzes wird gesagt: Dem Wojewoden, dem Stellvertreter des Wojewoden und den von den genannten Personen beauftragten Beamten steht das Recht zu, außer der Reihe der notierten Redner das Wort zu ergreifen. Dasselbe Recht haben die Minister der Republik.

Oberschlesier! Wollt Ihr als rechthlose Sklavenbande unter die Knute der Warschauer, das fast die Hälfte der obereschlesischen Steuereinnahmen fordert, dann wählt polnisch.

Wollt Ihr dagegen ein freies Volk werden,
dann stimmt für
Deutschland!

Wie unselbständig ein polnisches Oberschlesien sein soll, geht daraus hervor, daß Warschauer Minister an den Sitzungen des obereschlesischen Landtages teilnehmen und dort sogar außer der Reihe das Wort ergreifen dürfen!

Im Landtage eines deutschen Oberschlesien hat kein Berliner Minister etwas zu suchen, geschweige denn das Wort zu ergreifen!

Bezsamodzielność Górnego Śląska polskiego wynika z tego, że ministrowie warszawscy biorą udział na posiedzeniach Sejmu górnośląskiego i tem nawet podczas obrad słowo zabrać mogą.

W Sejmie górnośląsko-niemieckim nie ma żaden minister berliński nic do szukania a zwłaszcza nic do mówienia.

Górnoślązacy, czy chcecie jako bezprawni niewolnicy przyjść pod bat szlachty warszawskiej, która według artykułu 5-go ustawy o autonomji polskiej od was nawet połowę górnośląskich podatków żąda, wtenczas głosujcie za Polską.

Ale chcecie być narodem wolnem, wtenczas głosujcie kartką, na której wydrukowano

NIEMCY.

Buchdruckerei „Volkswille“



Kattowich OS., Beatestraße 29

Biblioteka Śląska w Katowicach
ID: 0030001347362



II 1161128

SL